Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, wie es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis: bei täglicher Unterhaltungsbeilage „Neues Wissen, Welt und Heim" monatlich 1.96 M., ausschließlich 45 Pf. Postbestellgeld. 1.96 M. zuzüglich Post- u. Zustellungsgebühr. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszentrum

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 2361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 2361 und 2371. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 4 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 3.50 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M., Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 4 Pfg. Rabatt. Für Briefniederl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Dresden, Freitag, den 13. März 1931 | 42. Jahrgang

„SA. räumt!"

...hrauer Naziüberfall – Sozialisten angeklagt, aber freigesprochen

Plauen, 12. März.

...telbar nach dem Skandalurteil gegen den nationalsozialistischen Mörder Spengler, der in Plauen i. V. zwei ...den Haufen schoß und von dem Schwurgericht Plauen ...chen wurde, fand jetzt ein zweiter Prozeß über ...chen Zusammenstoß statt, der sich am 7. September ...Jahres in Syrau bei Plauen ereignete. Dort ...) Mitglieder der nationalsozialistischen SA. und SS. ...lungsschlacht gegen kaum 40 Sozialdemokraten pro... den sozialistischen Diskussionsredner nicht zu Wort ...lassen. Ein Teil der Versammlungsbesucher wurde er...

...staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Landfriedens...licher und leichter Körperverletzung, Versammlungs...tötigung und Uebertretung des Waffenverbots. ...klage richtete sich fast ausschließlich gegen die Sozialis...(!), von denen acht unter Anklage gestellt wurden. ...tionalsozialistischen Angreifern wurden lediglich zwei ...klagebank gesetzt.

...Verhandlung fand vom 6. bis zum 11. März vor dem ...amen Schöffengericht Plauen statt.

•

...r erste Verhandlungstag bringt eine Sensation: ...chene Spengler tritt als Belastungszeuge der ...waltschaft gegen die Sozialdemokraten ...ualität dieses Zeugen ist geradezu typisch für die ganze ...Nazis in diesem Prozeß. Die Zeugenaussagen er...raunliches Bild von jener Mischung aus Brutalität ...t, die kennzeichnend für das politische Auftreten der ...Geradezu lächerlich wirkt das Bemühen des Führers ...tien, des Truppführers Fährmann, der den Befehl zur ...mit den Worten

„SA. vorgehen!"

...eichnung SA. in „Schutzabteilung" zu übersetzen, um ...losigkeit der Hakenkreuzprügeltruppe schon an ihrem ...demonstrieren. Erst unter wiederholtem Hinweis auf ...gibt er endlich die allbekannte Tatsache zu, daß SA. ...utsch „Sturmabteilung" bedeutet!

•

...platz der Schlägerei war das Restaurant Höhlen...Syrau.

...nger Parteigenosse, der den Versammlungssaal verlassen zu gehen, wurde draußen ohne erkennbare Ur... von Mitgliedern der NSDAP. überfallen, mit Schlägen ...sten und Fußtritten mißhandelt und durch einen Stich ...verwundet. Als es ihm gelang, blutend die Gast... zu erreichen und einen Alarmruf auszustoßen, ließ ...der SA. die Tür zwischen Gaststube und Versammlungs...eln und fast gleichzeitig flog die erste Salve ...erin die Front der anwesenden Sozialdemokraten. ...chen Ermittlungen ergaben einwandfrei, daß die weit... Glastrümmer an der Rückwand des Saales, also am ...PD., verstreut lagen, also nur von Gläsern herrühren ...von Nazis in der Richtung auf die Versammlungs...geschleudert wurden. Als die Genossen erkannten, daß ...sammlungsschlacht inszeniert werden sollte, ...sofort den Saal, indem sie sich teils durch die von ...verrammelte Tür ins Gastzimmer durchschlugen, zum ...l aber durch die Saalfenster auf den angrenzenden Hof ...während inzwischen

...tionalsozialisten in der rohesten Weise gegen ...Saale Anwesenden vorgingen und sie aus dem ...hinausprügelten. Bei ihrem Vorgehen be...n sich die Rowdys der verschiedensten Schlag...mente. Die bald darauf eintreffende Polizei ...in den umliegenden Gartengrundstücken noch ...nglich die einzelnen Waffen, die von den SA...n als unangenehme Beweisstücke dort beiseitegeschafft worden waren.

...mehrtägige Verhandlung ergab

...e vollständige Unhaltbarkeit der Anklage

...den sozialdemokratischen Partei mitgliedern.

...Nationalsozialisten versuchen zwar krampfhaft, die ...en Zusammenstößen abzuwälzen, insbesondere soll die ...mungsaktion erst dann erfolgt sein, als die ...lieder dazu übergingen, mit Stühlen und Biergläsern (!), aber anscheinend haben sich die Nazizeugen vorher ...end über ihre Anhänger verständigt —, die Angaben, ...n eigentlich die ersten Gläser geflogen kamen, wider... in geradezu grotesker Weise. Katastrophal ist auch ...mmenbruch der nationalsozialistischen ...Pfrötschner, die den Parteigenossen Stein... „Rädelsführer" entlarven soll: auf die Probe gestellt, ...unter den Angeklagten Steinkampf nicht heraus...wohl sie vorher seinen Namen mit Entschiedenheit an... genaue Angaben über sein Verhalten machte, Angaben, ...bald unmöglich wahr sein können, weil der Angeklagte ...angegebenen Punkten im Saale überhaupt nicht befand, ...Raum als einer der ersten verließ!

...aber um so klarer aus den verschiedenen Aussagen her... ...r die ganz unzweifelhafte Absicht der Hakenkreuzler, ...all zu provozieren.

„Heute wird mit euch abgerechnet!"

erklärte der Referent der Nationalsozialisten, der Lehrer Göpfert, in ganz unzweideutiger Weise mit einer Handbewegung gegen die anwesenden SPD.-Mitglieder. Andere Zeugen können ähnliche Aeußerungen bekunden: **„Wenn der heute nur eine Minute länger redet, gibt's Dresche!"**, wurde in der nationalsozialistischen SA. gesagt. Un im Augenblick des Zusammenstoßes fiel die ganz klar kennzeichnende Bemerkung: **„Jetzt sind wir soweit!"**

Der angeklagte Nationalsozialist Heinke, ein berüchtigter Schläger, fiel über einen 17jährigen Lehrling her und mißhandelte ihn unter treulichem Beistand mehrerer Gesinnungsgenossen in viehischer Weise, der zweite Naziangeklagte, Groll, unternahm es, ganz allein — man denke! — auf einen Sozialdemokraten loszuschlagen, der allerdings von sechs (!) Nationalsozialisten an Armen, Leib und Beinen umklammert und festgehalten wurde!

Ein Kriegsbeschädigter, der nicht imstande war, sich zur Wehr zu setzen, wurde von uniformierten Lausbuben vollends kampfunfähig geprügelt. Ein Trupp der Banditen drängte den Schriftleiter der Plauener Volkszeitung, den Genossen Hacke, in den dunklen Garten und schlug mit Zaunlatten, Riemen, Gummiknüppeln auf ihn ein, bis er zusammenbrach, ließ auch dann noch nicht von ihm ab, sondern prügelte unter dem Gebrüll:

„Die Sau verstellt sich doch bloß!"

weiter auf ihn los, bis einer dieser Bestien Bedenken kamen:

„Ganz totschlagen dürfen wir ihn nicht, das könnte unangenehm werden ..."

Diese Zeugenaussagen erledigen natürlich die unverständliche Anklage wegen „Landfriedensbruchs" vollständig.

Die Plädoyers der Rechtsanwälte Lewin, Zwickau, und Simon, Plauen, fordern Freisprechung der angeklagten Genossen von der Anklage des Landfriedensbruchs als eine selbstverständliche Anerkennung der Schuld der nationalsozialistischen Provokateure.

Das Urteil

spricht denn auch fünf der angeklagten Genossen frei, den Angeklagten Steinkampf, Räber, Nöricke, Kirchner und Schneider konnte ein Vergehen nicht nachgewiesen werden, als letzten Rest der zusammengebrochenen Anklage diktiert man den Genossen Rein und Schmidt eine Woche Haft und dem Genossen Frisch vier Tage Haft zu — wegen Uebertretung nach § 360 und § 366 StGB. Der Prügelheld Heinke wird — freigesprochen, sein Komplice Groll erhält vier Tage

Unsere Justiz wird ihr Wesen und ihre Sympathien nie ganz verleugnen.

•

Dieser Prozeß hat abermals die schrankenlose Brutalität und Feigheit der Jünger des Dritten Reiches in schöner Klarheit gezeigt. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft ihre Abwehrfront in einer Weise schließt, daß solche verbrecherische Elemente von Anfang an erledigt werden können.

Unfruchtbarmachung

Von Staatsanwalt Dr. Hoegner, M. d. R.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Strafrechtsausschusses des Reichstages haben folgenden Antrag gestellt:

„Ein für die öffentliche Sicherheit gefährlicher Gewohnheitsverbrecher kann mit seiner Zustimmung unfruchtbar gemacht werden, wenn nach fachärztlichem Gutachten zu befürchten ist, daß seine schlechten Erbanlagen bei der Nachkommenschaft wieder auftreten werden."

Die Unfruchtbarmachung (Sterilisation), die nicht mit Kastration verwechselt werden darf, ist heute bei Männern eine verhältnismäßig einfache Operation. Bei ihnen genügt eine Durchschneidung der Samenleiter, während bei Frauen in der Regel eine Oeffnung der Bauchdecke erforderlich ist. Gesundheitliche Nachteile sind regelmäßig nicht zu befürchten. Geschlechtsverkehr bleibt möglich, lediglich die Fortpflanzungsfähigkeit erlischt. Ob nach geltendem Rechte der Arzt, der eine solche Operation ohne Vorliegen medizinischer, also im Gesundheitszustande des Patienten gegebener Gründe vornimmt, nicht bestraft werden muß, ist bestritten. Im neuen Strafgesetzbuch sollen jedenfalls wird die Unfruchtbarmachung irgendwie zugelassen werden müssen. Nach Auffassung der sozialdemokratischen Mitglieder des Strafrechtsausschusses ist vor allem die Unfruchtbarmachung der für die Allgemeinheit gefährlichen Gewohnheitsverbrecher eine Notwendigkeit. Die Gründe für eine solche Maßnahme liegen auf der Hand:

Im allgemeinen werden heute zwei Hauptursachen für das Entstehen des Gewohnheitsverbrechertums unterschieden: eine gesellschaftliche und eine individuelle. Die gesellschaftliche Ursache liegt in schlechten sozialen Verhältnissen, in einer ungünstigen Umwelt des Täters. Die engen Zusammenhänge zwischen schlechter sozialer Lage und Verbrechertum sind heute unbestritten. In einer sozial günstig geschichteten Bevölkerung, wie auf Island, gehören schwere Verbrechen zu den allergrößten Seltenheiten. Auch bei den Bauern Dalmatiens z. B. ist der Diebstahl so wenig bekannt, daß es für eine Beleidigung des Nachbarn gilt, bei Nacht die Türen abzuschließen. In den letzten Jahrzehnten hat nun die Vererbungswissenschaft ermittelt, daß auch die individuelle Veranlagung des Täters, z. B. eine schlechte Erbmasse, die er von seinen Vorfahren überkommen hat, von erheblichem Einfluß auf die Straffälligkeit sein kann. Gewöhnlich handelt es sich um erbliche Belastungen, die sich in einer Schwächung der Willens- oder Geisteskräfte äußern. In vielen Fällen kann man hier sogar von einer geminderten Zurechnungsfähigkeit sprechen. Daneben tritt oft eine ungewöhnliche Hemmungslosigkeit des Triebslebens, z. B. bei Sittlichkeitsverbrechern, auf. Worin diese schlechten Erbanlagen wurzeln, ist noch umstritten. Vielfach werden Keimschädigungen durch Alkoholismus oder Syphilis der Vorfahren dafür verantwortlich gemacht. Sie äußern ungünstige Wirkungen bei den Nachkommen und führen bei ihnen eine

Unsre Steueranträge durchgesetzt

Verdoppelung der Tantiemesteuer und der Einkommensteuer über 20 000 M.

Erfolgreiche praktische Arbeit

D. Berlin, 12. März. (Eig. Bericht.)

Im Steuerausschuß des Reichstags wurden am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolkes, bei Stimmenthaltung des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Christlich-Sozialen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 10 auf 20 Prozent und auf Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages von 5 auf 10 Prozent bei Einkommen von mehr als 20 000 M. jährlich angenommen. Der Ertrag dieser beiden Maßnahmen wird 43 Millionen Mark sein. Er soll den Gemeinden zur Deckung der Lasten der Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung überwiesen werden.

In der Debatte betonte der Abg. **Esser** (Zentr.), daß innerhalb des Zentrums der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer den geringsten Widerstand gefunden habe. Dagegen sei der sozialdemokratische Antrag, der einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 M. wolle, für das Zentrum unannehmbar. Auch werde das Zentrum keine Erhöhung der Vermögenssteuer zulassen, da vielfach große Vermögen ohne Ertrag sind. Auch der Abg. **Winschuh** (Staatsp.) und Dr. **Hugo** (D. Vp.) lehnten die sozialdemokratischen Anträge ab.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommunistischen Anträgen

legte Abg. Dr. **Hertz** (Soz.) dar. Er stellte fest, daß der kommunistische Millionärsteuerantrag sich nicht nur gegen die Kapitalisten **richte, sondern die Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterklasse und die Unternehmungen, die dem öffentlichen Wohl dienen, erdrosseln werde. Er sehe vor, daß Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften, Sparkassen, gemeinnützige Unternehmungen, Versorgungsbetriebe der Gemeinden usw., die bisher alle steuerfrei sind, sowohl von der 20prozentigen Abgabe des Vermögens als auch von der Erhöhung der Körperschaftssteuer um 20 Prozent und von der Erhöhung der Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen um 20 Prozent betroffen würden. Die Folge einer solchen sinnlosen Besteuerung wäre nicht nur die Erdrosselung dieser Unternehmungen, sondern auch die größte Schädigung der Arbeiterschaft, die diese Unternehmungen in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit aufgebaut haben. Aus diesem Grunde werde die Sozialdemokratie den kommunistischen Antrag ablehnen.**

Der Antrag sei auch sonst formell wie sachlich undurchführbar, da er einem Millionär, der ein Einkommen von 200 000 M. habe, eine jährliche Steuer von 852 000 M., also fast dem doppelten Einkommen, auferlege. So sinnlos handele man nicht einmal in Rußland, wo man den Kapitalisten nur 45 Prozent ihres Einkommens wegsteuere.

Die beiden angenommenen sozialdemokratischen Anträge werden in der nächsten Woche in der Vollversammlung des Reichstags beraten werden. Infolge des Widerstandes, den sie insbesondere bei der Deutschen Volkspartei und bei der Staatspartei finden, wird man mit scharfen Auseinandersetzungen rechnen müssen. Die Debatten werden zeigen, daß die Sozialdemokratie [illegible] Wert auf aussichtslose Demonstrationen legt, wie es die Kommunisten tun, sondern bestrebt ist, etwas zu erreichen, [illegible] die verzweifelte Lage vieler Gemeinden und die Notlage [illegible] ausgesteuerten Erwerbslosen wirksam gebessert wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310313/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG